Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- und Geschäftsstellengebühr. Einzelnummern 10 Rpf. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 65 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 18. März 1931

Viel Lärm um nichts.

Alle Staaten Europas — ganz abgesehen von den Agrarländern rings um den Erdball — sind von der Wirtschaftskrise gepackt, zermürbt, in schwerste finanzielle Nöte geworfen. Und da greift man überall zum Strohhalm. Man sucht sich und die eigene Wirtschaft über Wasser zu halten, bis die Sturmflut der Weltkrise sich allmählich verläuft. Das alte erprobte Mittel der Zollerhöhung soll die Wirtschaft des eigenen, des einzelnen Volkes schützen und bewahren vor der Überschwemmung durch jene Sturmflut; die Mauern, die nicht hoch genug zu sein scheinen, sollen „aufgestockt" werden, um Erzeugungsbedingungen verschiedenster Art, die von der Natur bestimmt wurden und werden, durch menschliche Bestimmungen auszugleichen. Wir in Deutschland haben ja noch die besondere Aufgabe, auf diese Weise auch die menschlich-unmenschlichen Bestimmungen der „Reparation" für die ganze Welt aufzubringen.

Und in diese Entwicklung hinein wird der sogenannte Genfer „Zollwaffenstillstand" gestellt, der in seinem ersten Artikel die Verpflichtung der unterzeichnenden Staaten aufweist, in der Zeit zwischen dem 1. April 1931 und dem 31. März 1932 Kündigungen von Handelsverträgen nicht vorzunehmen. Der Vertrag selbst schränkt das schon ein, aber er bestimmt obendrein, daß die Erhöhung bestehender und die Einführung neuer Steuern nicht einmal „anmeldepflichtig" sein sollen, wenn „dringende Umstände" diese Zolländerungen notwendig machen. Und das Abkommen vermeidet es sorgfältig, irgendwie genauer zu sagen, was die „dringenden Umstände" eigentlich bedeuten, dafür gibt es aber jedem Unterzeichner dieses Abkommens das Recht, seine Teilhaberschaft zu kündigen, wenn er sich durch die Zollerhöhung irgendeines anderen Staates geschädigt fühlt.

In der Begründung zu dem Gesetzentwurf, der die Zustimmung des Reichstages zum Genfer Handelsabkommen fordert, aber damit der Reichsregierung nur die Ermächtigung gibt, es rechtsverbindlich zu unterzeichnen, steht ein Satz, der die ganze Sachlage treffend erläutert: „Infolge der nur losen Gestaltung der Bindungen und in Anbetracht der vorgesehenen kurzen Kündigungsmöglichkeiten sind die praktische Bedeutung und der Bestand des Abkommens in hohem Maße von dem guten Willen der Beteiligten abhängig." Wie das mit dem „guten Willen" bestellt ist, hat gleich der erste Tag der Genfer Konferenz bewiesen, die am Montag zusammengetreten ist, um aus dem schon vor anderthalb Jahren gefaßten Beschluß des Zollwaffenstillstandes endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Zu gleicher Stunde hat der Deutsche Reichstag seine Zustimmung zu einer vorbehaltlosen Unterschrift Deutschlands unter diese Vereinbarung beschlossen, — aber der Präsident der Genfer Zollkonferenz erklärte zu selbiger Stunde: Wenn die Delegationen, deren Regierungen noch nicht ratifiziert haben, hier nicht sehr bestimmte Versicherungen abgeben können, dann stehen wir vor einer sehr ernsten Situation ... Überall werden die Handelsverträge gekündigt werden und es wird eine wahre Orgie der Zollerhöhungen ausbrechen mit all ihren verhängnisvollen Konsequenzen für den internationalen Handel." Der Präsident dieser Konferenz in Genf, der Holländer Colijn, hat die für internationale Verhandlungen unangenehme Eigenschaft, die Wahrheit mit deutlichen Worten zu sagen. Er war vor kurzem in Berlin und mag sich gefreut haben, nach Genf die deutsche Zustimmung mitgenommen zu haben. Bloß stieß er dort nun bei allen anderen Mächten auf eine Unzahl von Vorbehalten, die teils in dem Abkommen selbst festgelegt sind, nun aber darüber hinaus noch sehr ausgiebig vervollständigt wurden. Es darf vermerkt werden, daß z. B. England ratifizieren will, aber nur für sich selbst, nicht etwa für seine Kolonien, geschweige denn für die Dominions. Und Frankreich hat sich überhaupt noch nicht bereit erklärt, die Zustimmung der Deputiertenkammer herbeizuführen, so daß sich der deutsche Vertreter in Genf genötigt sah, die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Ratifikation des Genfer Abkommens zu erklären, sie aber an die Voraussetzung zu knüpfen, daß England und Frankreich gleichfalls unterschreiben.

Aus der ganzen Geschichte wird also — was von vornherein anzunehmen war — nicht viel werden, da es mit dem „guten Willen der Beteiligten" recht „schwach" bestellt ist. Das ist aber für die deutsche Innenpolitik nicht ohne Bedeutung. Im Interesse einer absoluten Selbständigkeit der Reichsregierung bei der Regelung unserer Zollpolitik hat gerade die Landwirtschaft die Unterschrift unter das Genfer Abkommen aufs heftigste bekämpft und im besonderen hat der Ernährungsminister im Kabinett verlangt, daß zumindest die deutsche Ratifikation an die gleichzeitige Unterschrift Englands und Frankreichs geknüpft werden müßte. Die Reichsregierung hat sich diesem Wunsche angeschlossen. Unsere Schuld ist es also nicht, wenn aus dem Genfer Handelsabkommen — gar nichts wird.

Das Befinden Hermann Müllers.

Weiter sehr ernst.

Nachdem am Dienstag früh im Befinden des Reichskanzlers a. D. Hermann Müller eine leichte Besserung eingetreten war, hat sich sein Zustand am Abend erneut verschlechtert.

Curtius verteidigt den Außenetat

Kritik am Auswärtigen Amt.

Deutschland bei der Verteilung der Welt.

„Auswärtiges Amt." — das sind die ganz seinen Leute, über einen Attaché geht bekanntlich niemand und nichts, nicht einmal ein Regierungsassessor, nicht einmal ein — Gigolo. Aber man tat dem „A. A.", das ein blutiger Journalistenwitz mit Amt der Ahnungslosen übersetzt, vielleicht doch unrecht, weil der Erfolg oder der Mißerfolg der Arbeit dieses Amtes schließlich doch nicht immer und überall diktiert wird von eigenem Können und von eigenem Wollen, sondern von Dingen und Verhältnissen, die zu ändern nicht in der Macht dieses Amtes liegt.

Man wird vielleicht auch einmal von etwas sprechen, was bei der Beratung des Auswärtigen Amtes nicht erwähnt worden ist. Keiner der Redner, auch der Minister des Auswärtigen Dr. Curtius selbst nicht, denkt daran, daß zum ersten Male in der Plenarsitzung des Reichstages seit sieben Jahren der Haushalt des Auswärtigen Amtes nicht vertreten wird durch — Dr. Stresemann. Im vergangenen Jahre wurde der Reichshaushalt, also auch der des Auswärtigen Amtes, erledigt durch die Notverordnung des Reichspräsidenten, im Jahre zuvor 1929 wurde er zu einer Zeit beraten, als das Schwergewicht der deutschen Auswärtigen Politik in Paris lag bei der Konferenz der Sachverständigen für den Young-Plan. Zum letztenmal also vor zwei Jahren hat Dr. Stresemann seinen Haushalt in diesem Hause vertreten, und jetzt ist es sein Freund Dr. Curtius, der versucht, die Ansprüche des Auswärtigen Amtes und seiner Beamten in Einklang zu bringen mit dem Deutschland von heute, wie es ist. Er hat — und das ist der Nachteil, den ihm die Steuerzahler heute ankreiden — geglaubt, großzügig wirtschaften zu können. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches hat allerdings jedesmal etwas zu spät seine Monitas geltend gemacht: und das geschieht auch jetzt wieder, und zwar mit größerer Beschleunigung, durch den Berichterstatter, den früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Schnee.

Zum zweitenmal ruft ihn ein kommunistischer Vorwurf auf die Rednertribüne, daß die deutsche Kolonialpolitik nichts anderes gewesen sei als eine kapitalistische Ausbeutungswirtschaft. Das läßt sich der alte Ostafrikaner denn doch nicht gefallen und er vermag darauf hinzuweisen, daß die deutsche Kolonialpolitik doch immerhin ihre Spuren so stark eingeprägt hat in die Geschichte Afrikas, daß auch heute noch die Kolonialpolitik der sogenannten Mandatarmächte nur auf diesen Spuren weitergehen sollte. Aber was er im Deutschen Reichstag vor allen Dingen aus alter Erfahrung reklamiert, das ist: Dieses Volk muß bestrebt sein, seine Rohstoffbasis zu erweitern; und der Deutsche soll dafür sorgen, daß er wenigstens in Zukunft bei der Verteilung der Welt noch eine Vergrößerung seiner Lebensbasis erlangt.

*

Sitzungsbericht.

(44. Sitzung.) CB Berlin, 17. März.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt. Eine Reihe von Rednern verschiedener Parteien äußert ihre Wünsche sozialpolitischer Art, wobei der Abg. Thiel (D. Vp.) es bedauert, daß mit Zustimmung der deutschen Regierung der Personaletat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf um 20 Prozent erhöht worden ist.

Inzwischen ist ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen, der drei Millionen Mark für die Zwecke der Kinderspeisung fordert und die Deckung dafür durch Erhöhung der Aufsichtsratssteuer vorsieht.

Abg. Funk (Komm.) macht für die letzte Bergwerkskatastrophe die Grubenunternehmer und das Reichsarbeitsministerium verantwortlich. Damit schließt die Aussprache zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Die Abstimmungen werden zurückgestellt. — Es folgt die zweite Beratung des

Haushalts des Auswärtigen Amtes

in Verbindung mit der zweiten und dritten Beratung einer langen Reihe von internationalen Abkommen.

Von der kommunistischen Reichstagsfraktion ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius eingebracht worden. Ein weiterer Antrag dieser Partei verlangt, daß der Reichstag die Erklärung des Reichsaußenministers über eine „koloniale Wiederbetätigung Deutschlands" mißbillige.

Zum Abkommen über die deutsch-belgische Grenze hat die Fraktion der Wirtschaftspartei eine Entschließung eingebracht, nach der der Reichstag an die Reichsregierung das dringende Ersuchen richten soll, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um die Wiedervereinigung

der abgetrennten Gebiete Eupen und Malmedy

mit dem Deutschen Reiche herbeizuführen.

Abg. Dr. Schnee (D. Vp.) weist als Berichterstatter darauf hin, daß der Haushalt des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Vorjahre um 7,4 Prozent gesenkt worden sei. Trotzdem sei der deutsche auswärtige Haushalt noch reichlich hoch und müsse weiter gesenkt werden.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

hebt zunächst hervor, daß er zur Außenpolitik selbst heute nicht mehr sprechen wolle, da es sich in der jetzigen Aussprache nur noch um den Haushalt selbst handele. Der Berichterstatter habe mit Recht unterstrichen, daß im Haushalt des Auswärtigen Amtes erhebliche Einsparungen zu erkennen seien. Der Personalbestand des Auswärtigen Amtes habe sich seit 1923 um die Hälfte gesenkt. Auch weiterhin würden Ersparnis- und Umorganisierungsmaßnahmen getroffen werden, damit jederzeit gesagt werden könne, daß

unser Auswärtiges Amt sauber und sparsam arbeite.

Abg. D. Dr. Schreiber wünscht Durchdringung der Arbeit der deutschen Mission im Auslande mit dem Geiste der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. In der Minderheitenfrage sei eine stärkere Propaganda des Auswärtigen Amtes notwendig.

Abg. Stöcker (Komm.) meint, das Auswärtige Amt entwickle sich mehr und mehr zu einer

Unterabteilung des Reichswehrministeriums.

Abg. Sachsenberg (Wirtschaftspartei) hebt die Notwendigkeit von Einsparungen beim Personal des Auswärtigen Amtes hervor und erklärt, daß sich die diplomatischen Vertretungen Deutschlands in stärkerem Maße

als Wirtschaftsvertretungen

fühlen müßten, als das bisher geschehen sei. Je mehr die Stärkung des Russischen Staates als industrielles Erzeugerland fortschreite, desto mehr erweise es sich als ein Fehler, daß

der deutsch-russische Handelsvertrag

mit seinen verhängnisvollen Auswirkungen für Deutschland nicht zum ersten nur möglichen Termin gekündigt worden sei.

Abg. Dr. Schnee (D. Vp.) widerspricht auf Grund seiner eigenen jahrelangen Erfahrung in den deutschen Kolonien der Ansicht, daß die Kolonisierung einen Rückfall in die Barbarei bedeute. Im Gegenteil dränge die Kolonisierung die ursprünglich vorhandene Barbarei der eingeborenen Völker zurück.

Der Redner betont abschließend, daß nach seiner festen Überzeugung Deutschland seinen Anteil an der Kolonialbetätigung der Kulturvölker wiedererhalten werde, weil das eine Selbstverständlichkeit ist.

Abg. Heckert (Komm.), der für einen Zuruf zur Ordnung gerufen wird und darauf dem Präsidenten erwidert: „Ich danke Ihnen, Herr Präsident!", wird aus dem Saale gewiesen.

Abg. Abel (Volksnational) beschäftigt sich mit den Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland und betont, daß von dort her die antireligiöse Propaganda und die Angriffe auf das Christentum überhaupt kämen.

Abg. Dr. Reinhold (Staatspartei) fordert die Regierung auf, noch vor der Vertagung des Reichstages den deutsch-polnischen Handelsvertrag zur Ratifizierung vorzulegen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) betont, daß die belgischen Sozialdemokraten die

Einverleibung von Eupen und Malmedy in Belgien stets für unglücklich und ungerecht gehalten hätten.

Die koloniale Gleichberechtigung Deutschlands habe auch die Sozialdemokratie stets verlangt, aber sie halte es nicht für nützlich, daß Deutschland von ihr jetzt oder in absehbarer Zeit Gebrauch mache. Etwas anderes sei die Forderung nach voller

Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Abrüstung.

Das Ausland habe auch keinen Grund, sich über den Panzerkreuzerbau zu erregen, solange es seine Abrüstungsverpflichtungen selbst nicht erfülle. (Lebhafter Widerspruch bei den Kommunisten.)

Reichsaußenminister Dr. Curtius

betont erneut, daß die außenpolitische Aussprache bereits vor vier Wochen abgeschlossen sei und daß er es nicht für angebracht halte, auf die im Laufe der Debatte aufgeworfenen außenpolitischen Fragen im einzelnen einzugehen. Es dürfte vielmehr zweckmäßig sein, die auswärtige Politik im großen Zusammenhang

bald nach Ostern

wieder zu behandeln.

Frau Abg. Dr. Matz (D. Vp.) rühmt die Arbeit des Vereins für das Deutschtum im Ausland und wünscht größere Förderung des deutschen Schulwesens.

Abg. Jörissen (Wirtschaftspartei) bittet um Annahme der von seiner Fraktion vorgelegten Entschließung auf Wahrnehmung jeder Gelegenheit, um die Wiedervereinigung von Eupen und Malmedy mit Deutschland herbeizuführen.

Abg. Joos (Ztr.): Die Frage Eupen-Malmedy dürfte man nie vergessen, aber auch nicht diskutieren. Die Zentrumsfraktion habe ihre Ansicht zu dieser Angelegenheit keinesfalls geändert. Der Redner spricht über den Besuch von Vertretern der Zentrumspartei bei konfessionell befreundeten Kreisen in Paris. Zweck der Unterredungen sei lediglich gewesen, den französischen Glaubensgenossen der Zentrumspartei Verständnis für die Lage Deutschlands und für die Bedeutung der Arbeitslosigkeit von fünf Millionen Menschen beizubringen.

Abg. Sachsenberg (Wirtschaftspartei) teilt noch mit, daß seine Fraktion den Antrag, ein Preisausschreiben über die Auswirkung des Young-Planes auf die Weltwirtschaftskrise zu veranstalten, hiermit zurückgezogen habe.

Damit ist die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes erledigt.

In der Abstimmung wird zunächst der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller abgelehnt, ebenso ein zweiter kommunistischer Antrag auf Mißbilligung der Erklärung des Außenministers über eine koloniale Wiederbetätigung Deutschlands.

Eine Reihe von Abkommen mit fremden Staaten wird endgültig angenommen, darunter ein solcher mit der Tschechoslowakei über die gegenseitige Hilfeleistung der Sicherheitsorgane, ferner ein Auslieferungsvertrag mit der Türkei, ein Abkommen mit Großbritannien über Änderung des Luftverkehrsabkommens und des Abkommens über die deutsch-belgische Grenze.

Es folgen die Abstimmungen über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Der Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald wurde mit 301 gegen 54 kommunistische Stimmen abgelehnt.

Es sollen dem Reichstag Gesetzentwürfe vorgelegt werden zur Entlastung des Arbeitsmarktes, die die Arbeitszeit, die

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF